

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich am Sonnabend
vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieger, Berlin-Nickensberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schilderstraße 6
Druck: Hermanns Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 63

Inserentionspreis:
Geschäftsanzeigen kosten die sechsgepaaltene Kolonelle 40 Pfennig.
Schluss für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Der Verbandskalender für 1915

sollte seines aktuellen Inhaltes wegen in dem Besitz eines jeden Mitgliedes gelangen. Noch nicht erfolgte Bestellungen sollten sofort aufgegeben werden.

Das Wirtschaftsjahr 1914.

I.

Entgegen unserem bisherigen Brauche, an der Hand nackter Produktions- und Handelsziffern den Verlauf des Wirtschaftslebens darzulegen, müssen wir uns in unserem Berichte über das Geschäftsjahr 1914 im großen und ganzen darauf beschränken, eine Art Stimmungsbild der wirtschaftlichen Situation ohne weiteres Eingehen auf Details zu geben. Genaue Produktionsziffern liegen nur für die erste Hälfte des Jahres vor, amtliche Aufstellungen über die Entwicklung des deutschen Außenhandels gleichfalls nur bis zum Monat Juli; und auch die deutsche Ertragsstatistik des abgelaufenen Jahres kann keinen Anspruch auf Genauigkeit der mitgeteilten Riffern erheben. Kurz: Produktions- wie Handelsstatistik sind nur für die ersten Monate des Jahres von brauchbarer Strenge.

Als mit dem August zugleich auch das Kriegswetter über Europa daherkam, wurde das Wirtschaftsleben sehr bald in ganz neue Bahnen gelenkt, die sich von der normalen Entwicklung im Frieden sehr weit unterscheiden. Wir können deshalb auch das Wirtschaftsjahr 1914 nicht als Ganzes betrachten, sondern müssen uns — wenn wir ein klares Bild erhalten wollen — in der Weise helfen, daß wir den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in den ersten sieben Monaten getrennt von der Betrachtung von Handel und Wandel unter dem Kriegszustande kennzeichnen.

Der Krieg traf die deutsche Wirtschaft zu einer Zeit, als sie nach dem Glanzkonjunkturjahre 1912/13 die ersten Folgen der mit einem günstigen Geschäftsgange in der kapitalistischen Produktion unvermeidlich verbundenen Ueberproduktion zu spüren bekam. Schon Mitte des Jahres 1913 begann es leise zu kriseln. Zwar vollzog sich die Produktion noch immer in regelrechten Bahnen, aber allmählich machten sich die Folgen der planlosen Ueberproduktion in Zeiten guter Konjunktur bemerkbar. Die Lager der Fabriken füllten sich nach und nach mit schlecht verkäuflichen Waren, der Markt vernachlässigte nur langsam die Hochflut industrieller Erzeugnisse aufzunehmen und dem Verbräucher zuzuführen. Zugleich auch gestärkte sich die Lage am Bauplatz immer ungünstiger. Die allorts blühende wilde Baupespekulation, besonders gefördert von den Terringemeinschaften, schuf ein Ueberangebot von Wohnungen. Die rückwärtslose Wertenerung der Hypothekenzinsen, die im Gefolge einer jeden guten wirtschaftlichen Konjunktur einhergeht, die Schwierigkeit am Bauplatz, überhaupt nur das notwendige Baupapital aufzutreiben zu können, führten einen fast gänzlichen Stillstand des Baugeschäftes herbei. Zahlreiche andere Gewerbe, vor allem die Holz-, Zement-, Stein- und teilweise die Eisenindustrie, wurden natürlich hierdurch aufs schwerste in Mitleidenschaft gezogen. Die künftigen Kriegsmirren auf dem Balkan, die schließlich zu einem fast völligen wirtschaftlichen wie finanziellen Zusammenbruch Serbiens, Bulgariens und der Türkei führten, legten zumal die Tätigkeit der deutschen Textilindustrie für den Südosten Europas lahm, was sie um so schwerer traf, als sie schon im Jahre 1912 während des Balkankrieges gegen die Türkei den Hauptteil des Winterabjages nach den Balkanstaaten eingebüßt hatte.

Aber die hereinbrechende Krise blieb nicht auf Deutschland beschränkt. Wie die Depression nur die Jahrhundertwende hielt sich der wirtschaftliche Niedergang im vergangenen Jahre nicht an die deutschen Landesgrenzen gebunden. Überall in den Hauptindustrielländern, vor allem jedoch England und Nord-

Amerika, machten sich die ersten Zeichen der beginnenden Geschäftsflaute bemerkbar. Das bekam insbesondere auch der deutsche Export zu spüren. Zwar steigerte er sich bis zum Kriegsausbruch fast von Monat zu Monat, aber dieses Ergebnis konnte nur mit ziemlich erheblichen Kürzungen der Auslandspreise, Gewährung von Ausfuhrprämien, durch Kartelle und Syndikate usw. erreicht werden. Ende 1913, Anfang 1914 vergrößerte sich noch dazu der Produktionsapparat der deutschen Industrie durch die Inbetriebnahme zahlreicher Neuanlagen. Wiederum erhöhte die industrielle Erzeugung eine Vergrößerung, die das Uebergewicht des Angebotes über die Nachfrage am Markte verstärken half.

Wenn nun auch in der ersten Zeit des Jahres 1914 besonders die Montanindustrie einige Monatsrekorde ihrer Erzeugung aufstellte: der fast in der ganzen Industrie herrschende Auftragsmangel konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Wirtschaftskrise schwerster Art im Anzuge sei. Zahlreiche Arbeiterentlassungen wurden vorgenommen, die Arbeitslöhne sanken. So z. B. die Bergarbeiterlöhne im Ruhrkohlenrevier, deren Höhe stets ein ziemlich sicherer Gradmesser der allgemeinen wirtschaftlichen Lage war. pro Schicht im 3. Quartal 1913 von 5,12 Mk. auf 4,07 Mk. im 3. Quartal 1914. Und schließlich zeigte sich beim Vorrücken des Jahres immer deutlicher ein nicht unbeträchtlicher Rückgang im Warenablas. In den Monaten Juni-Juli 1914 wies der rechnungsmäßige Abwas des Rohlenhandels einen Rückgang von rund 5 Proz. des Verbandes zur gleichen Zeit 1913 auf! Insgesamt wurden vom 1. Oktober 1913 bis zum Durchschnitt eines Arbeitstages in Tonnen abgesetzt:

	1913	1914
Januar	298 718	241 940
Februar	288 374	248 191
März	286 231	227 456
April	279 587	254 498
Mai	275 538	265 721
Juni	281 276	268 588
Juli	270 890	258 127

Aber auch die deutsche Rohleisenerzeugung des ersten Halbjahres 1914 blieb hinter derjenigen der gleichen Zeit im Vorjahre ziemlich erheblich, und zwar um über 3 Proz. zurück. Während in den Monaten Januar-Juni 1913 insgesamt 9 276 000 Tonnen Rohleisen erlassen wurden, so in der ersten Hälfte 1914 nur 9 288 000 Tonnen. Der Verband des Deutschen Stahlwerksverbandes erstitt im Geschäftsjahre 1913/14 (abgeschlossen mit dem 30. Juni) gegen das Vorjahr ebenfalls einen Rückgang um fast 6 1/2 Proz. Im Jahre 1912/13 kamen 6 514 081 Tonnen Rohleisengewicht zum Versand, 1913/14 nur noch 6 124 310 Tonnen. Der Jahresbericht des Verbandes macht für dieses ungünstige Ergebnis die im Verhältnis zum Bedarf unverhältnismäßig gesteigerte deutsche Produktion und dann schließlich noch die allgemeine Unsicherheit des Marktes infolge der ständigen politischen Verwickelungen der letzten Jahre verantwortlich. Wir sind in letzterer Hinsicht denn doch sehr anderer Meinung: die Schuld an den regelmäßig wiederkehrenden Wirtschaftskrisen trägt allein die Anarchie der planlosen kapitalistischen Produktion, deren Erzeugnisse kein Maßhalten kennen, weil sie ganz und gar vom Standpunkte des Gewinnes aus erzeugt. So bleibt die schließliche zeitweilige Ueberfüllung des Marktes mit Industrieprodukten aller Art nicht aus: die Krise, die in einer bedarfswirtschaftlichen und organisierten Verfassung unmöglich wäre, verbreitet ihre Zaren. Besonders betroffen sind die Arbeiter-

schafft zu spüren: Lohnrückgang, Einschränkung der Lebenshaltung und schließliche Arbeitslosigkeit mit all ihren bösen Folgen für den Arbeiter und die Seinen, das sind die Wohltaten, die er für seine aufreibende Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß einheimst.

Nicht zuletzt als eine Folge der zu Anfang des Jahres 1914 einsetzenden Krise ist die in jenem Verlauf sehr stark zutage tretende Neigung der deutschen Industrie zur Gründung von Kartellen usw. zu bezeichnen. In Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur ist natürlich die Frage der Bildung einer Verkaufsvereinigung oder ähnlichen Produzentenorganisation den Unternehmern nicht sehr dringend; sie finden auch ohne den Rückhalt einer starken Organisation genügend den Absatz für ihre Erzeugnisse. Sobald sich aber die Absatzverhältnisse ungünstiger gestalten, kommt es zwischen rivalisierenden Unternehmern sehr leicht zu scharfen Konkurrenzkämpfen, die sich insbesondere in einem gegenseitigen, dem wirtschaftlichen Ergebnis auf beiden Seiten gleich ungünstigen Preisdrücken äußern. In solchen Perioden findet der Organisationsgedanke auch bei den Unternehmern den stärksten Widerhall, und gern verläßt sie auf die immerhin doch ziemlich fragwürdigen Vorteile der sogenannten „freien Konkurrenz“, um mit ihren Konkurrenten Vereinbarungen über die Höhe der Produktion, Preise usw. zu treffen. Im Jahre 1911 wurde eine ganze Anzahl von Kartellen und Syndikaten neuerrichtet und schon bestehende für längere Zeiten wieder erneuert. So kam es zu einem Zusammenschluß der rheinisch-westfälischen Zementwerke, der norddeutschen Stahlwerke, der deutschen Justierindustriellen und der Ammeniafhersteller, während der Krieg die Verhandlungen zwecks Gründung eines Köhren- und Staberienyndikats vorläufig unterbrach. Viele andere Syndikate, zumal solche der Montan-gewerbe, wurden weiter verlängert. Außerdem aber kam es zu zahlreichen Interessengemeinschaften und Fusionierungen in den verschiedensten Industrien, zumal solchen der Montan-gewerbe. Auch eine Anzahl Brauereien schlossen sich zusammen. In Hamburg kam es zu einer Interessengemeinschaft zwischen den beiden größten deutschen Hebereien, der Hapag und dem Norddeutschen Lloyd. Endlich sei noch erwähnt, daß auch im Baugeschäfte die Herrschermacht der Berliner Großbanken sich noch weiter vergrößerte: die Distontgesellschaft gliederte sich dem K. Schaaff-hausenschen Bankverein an und erhöhte ihr Kapital von 200 auf 300 Millionen Mark, die Deutsche Bank liierte sich mit der Vergüt-Württemberg Bank und erhöhte ihr Aktienkapital von 200 auf 250 Millionen Mark.

Sie sich das Wirtschaftsleben unter dem Kriegszustande entwickelte, darüber mehr in einem zweiten Artikel.

Einigungsämter

für Mieter, Vermieter, Hypothekenschuldner und Hypothekengläubiger.

Der Bundesrat hat unterm 15. Dezember 1911 auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Gründung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 1. August 1911 (Reichs-gesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen.

§ 1. In im Bezirk einer Gemeindebehörde eine kommunale oder gemeinnützige Anstalt (Einigungsamt) mit der Aufgabe betraut werden, zwischen Mietern und Vermietern oder zwischen Hypothekenschuldner und Hypothekengläubigern zum Zweck eines billigen Ausgleichs der Interessen zu vermitteln.

